

Bezirksbürgermeister Oltmann: Unterstützung für queere Anliegen in Berlin

Der Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg unterstützt die Forderungen des diesjährigen CSD und setzt sich für die Rechte der queeren Community ein. Der Artikel diskutiert zentrale Anliegen wie die Aufnahme queerer Menschen ins Grundgesetz, Maßnahmen gegen Hasskriminalität, verpflichtende Schulungen an Schulen und eine erhöhte Medienförderung für queere Inhalte. Lesen Sie, wie politische Unterstützung für Gleichstellung und Akzeptanz geschaffen werden kann.

Pressemitteilung Nr. 267 vom 24.07.2024

Stärkung der queeren Community in Berlin

In Tempelhof-Schöneberg hat Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann klar seine Unterstützung für die Forderungen des diesjährigen Christopher Street Day (CSD) Vereins ausgesprochen. Dieses Engagement kommt zu einer Zeit, in der die Diskussion über die Rechte und die Sichtbarkeit der queeren Community nie wichtiger war.

Politische Forderungen für Gleichstellung

Zu den zentralen Anliegen, die der CSD Berlin e.V. hervorhebt, gehört die Forderung nach der Aufnahme queerer Menschen ins Grundgesetz. Diese rechtliche Anerkennung könnte

weitreichende Folgen für die Gleichstellung haben. Darüber hinaus wird gefordert, gezielte Maßnahmen gegen Hasskriminalität einzuführen sowie diese ausreichend zu finanzieren. Dies ist besonders relevant, da Hassverbrechen gegen queere Personen in der Gesellschaft besorgniserregend ansteigen.

Bildung und Sichtbarkeit als Schlüssel zu Akzeptanz

Ein weiterer bedeutender Punkt ist die Notwendigkeit von verpflichtenden Schulungen für Lehrpersonal zu Themen der geschlechtlichen und sexuellen Diversität. Diese Schulungen könnten dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und ein inklusives Umfeld in Schulen zu schaffen. Des Weiteren wird eine Förderung der queeren Sichtbarkeit in den Medien gefordert. Mindestens 15 Prozent für Filmprojekte, die die Vielfalt der queeren Community abbilden, sollen sichergestellt werden. Der Zugang zu einer diskriminierungsfreien Sportinfrastruktur ist ebenfalls ein entscheidendes Anliegen, das für die Teilhabe und Integration in die Gesellschaft wichtig ist.

Eine gemeinsame Verantwortung

Jörn Oltmann äußerte seine Überzeugung, dass der CSD nicht nur eine festliche Veranstaltung, sondern ein wichtiger politischer Ausdruck der queeren Community sei. Er fordert eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den politischen Anliegen, einschließlich einer gemeinsamen Debatte mit der Landesregierung über das Thema Mehrelternschaften. „Es ist unerlässlich, dass die Landesregierung nicht nur symbolisch Flaggen hisst, sondern auch die nötigen Schritte unternimmt, um Hass und Diskriminierung entschieden entgegenzutreten“, so Oltmann.

Fazit: Ein gemeinsames Ziel für die Zukunft

Die Unterstützung und die Forderungen des Bezirksbürgermeisters sind ein starkes Signal an die Politik und die Gesellschaft. Gleichzeitig spiegeln sie den Wunsch nach einer Veränderung wider, die über die Feierlichkeiten des CSD hinausgeht. Die Anliegen der queeren Community betreffen uns alle und sollten daher in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Diskurses gerückt werden. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir eine diskriminierungsfreie Zukunft für alle erreichen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de